



**Rückkehr ins Freiburger Rathaus**

Nach zweieinhalb Jahren im Exil ist das Freiburger Kantonsparlament zurück im Rathaus in der Stadt Freiburg. Die 110 Abgeordneten konnten gestern ihre Plätze im umfassend renovierten Gebäude einnehmen. Das Freiburger Rathaus wurde zu Beginn

des 16. Jahrhunderts gebaut und gehört zu den markantesten Gebäuden der Stadt. Die Sanierung dürfte etwas mehr als 24 Millionen Franken kosten, was über dem ursprünglichen Kostenrahmen von 20,45 Millionen Franken liegt. Während der Renovation tagte das Kantonsparlament an drei verschiedenen Orten, zumeist im Forum Freiburg in Granges-Paccot. BILD KEY

**Was heute wichtig wird**

**Zuger Stierenmärt 2022**

**Start der «World Skills Competition 2022»**

**Apple stellt eine neue iPhone-Generation vor**

**Liz Truss stellt sich im Parlament in neuer Funktion den Fragen der Abgeordneten**

**Wladimir Putin hält eine Rede**

**Gestern analog**

**«Zurzeit fallen viele junge Menschen aus dem Erwerbsprozess, aus der Schule, der Lehre, weil ihre psychischen Probleme nicht rechtzeitig erkannt werden. Diese Leute fehlen dann der Wirtschaft. Wir verstärken den Fachkräftemangel, wenn wir psychische Krankheiten nicht ernst nehmen.»**

Experte für psychische Gesundheit Roger Staub sieht psychisches Leiden zu wenig ernst genommen. Dass auf Bundesebene Unterstützung fehlt, sei auf den Föderalismus zurückzuführen, sagt der Experte gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Und die Kantone würden weder in Prävention noch in Früherkennung psychischer Krankheiten investieren. Dies habe in unserer Gesellschaft, in der psychisches Leiden derzeit anwächst, auch Auswirkungen auf die Wirtschaft, betont Staub.



**SP und Grüne lancieren gemeinsame Initiative**

SP und Grüne starten die Unterschriftensammlung für ihre gemeinsame Klimafonds-Initiative. Das Begehren verlangt, dass der Bund mit einem milliardenschweren Investitionsfonds Projekte gegen den Klimawandel unterstützt. Die gestern im «Bundesblatt» veröffentlichte Initiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» will Bund, Kantone und Gemeinden verpflichten, die menschgemachte Klimaerwärmung und deren Folgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt gemeinsam zu bekämpfen, in Übereinstimmung mit internationalen Klimaabkommen. BILD KEY



**Ausland**

**Schirin Abu Akles starb wegen israelischer Kugel**

Die tödlichen Schüsse auf die in der arabischen Welt prominente Journalistin Schirin Abu Akle vor fast vier Monaten sind neuen Angaben zufolge «sehr wahrscheinlich» vom israelischen Militär abgeben worden. «Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie versehentlich von Schüssen des Militärs getroffen wurde», sagte ein hochrangiger Vertreter der Armee am Montag nach dem Abschluss interner Untersuchungen.

**Madrid: Diskriminierung von Putzkräften beendet**

Hunderttausende Hausangestellte werden in Spanien rechtlich mit Beschäftigten anderer Sektoren gleichgestellt. Die linke Regierung bewilligte ein entsprechendes Gesetzesdekret gestern in Madrid. Die Hausangestellten, darunter zum Beispiel Reinigungskräfte, Gärtner und Seniorenbetreuer, bekommen unter anderem Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung. Zudem können sie künftig nicht mehr ohne Angabe von Gründen entlassen werden.

**IAEA «schwer besorgt» um ukrainisches AKW**

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) fordert nach ihren ersten Untersuchungen im ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja dringende Massnahmen zur Verhinderung eines Atomunfalls. «Die IAEA ist weiterhin schwer besorgt über die Lage», schrieb IAEA-Chef Rafael Grossi gestern in seinem Untersuchungsbericht. Die Situation sei «unhaltbar». Es sei daher dringend notwendig, eine nukleare Sicherheitszone rund um das von russischen Truppen besetzte AKW mit einzurichten, so Grossi.

**Inland**

**Antifolterkommission kritisiert Fesselungen**

Müssen abgewiesene Asylsuchende per Flugzeug ausgeschafft werden, soll auf Zwangsmassnahmen wenn immer möglich verzichtet werden. Das verlangt die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter. Sie kritisiert in ihrem neusten Bericht auch, dass Kinder mit ansehen mussten, wie ihre Eltern in Fesseln gelegt wurden. Zwischen April und Dezember 2021 begleitete die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) 33 Rückführungssonderflüge, davon vier EU-Sammelflüge. Insgesamt sei der Umgang mit den betroffenen Personen professionell und respektvoll gewesen, schrieb die Kommission gestern.

**Keine eigenständigen Schweizer Sanktionen**

Der Bundesrat soll keine eigenen Schweizer Sanktionen verhängen dürfen. Dieser Meinung ist die Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates. Der Nationalrat hatte im Sommer die Möglichkeit eigenständiger Schweizer Sanktionen im Embargogesetz befürwortet. Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates lehnte die Bestimmung zu den eigenständigen Sanktionen mit 10 zu 2 Stimmen ab, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten.

**10 Prozent höhere Krankenkassenprämien**

Der Krankenversicherer-Verband Santésuisse erachtet für 2023 einen Anstieg der Krankenkassenprämien um 10 Prozent für nötig, angesichts steigender Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Die Kosten pro versicherte Person seien 2021 um über 6 Prozent gestiegen. Für 2022 und 2023 werde ein weiterer Anstieg erwartet. Ein

durchschnittlicher Anstieg der Krankenkassenprämien um 10 Prozent im kommenden Jahr wäre zur Kostendeckung nötig, erklärte Santésuisse-Direktorin Verena Nold.

**Wirtschaft**

**405-Millionen-Euro-Strafe gegen Instagram**

Irland hat eine Strafe in Rekordhöhe gegen den Online-Dienst Instagram wegen Verstössen gegen europäisches Datenschutzrecht verhängt. Das Bussgeld gegen die zum Digitalkonzern Meta gehörende Plattform beläuft sich auf 405 Millionen Euro. Das teilte die irische Datenschutzkommission DPC gestern mit.

**Pilotenstreik bei der Lufthansa abgesagt**

Nach einer tariflichen Einigung in letzter Minute hat die Gewerkschaft Vereinigung Cockpit den ab Mittwoch geplanten Pilotenstreik bei der Lufthansa abgesagt. Man habe gestern eine Teillösung erreicht, teilte ein Sprecher mit. Das umfangreiche Paket finanzieller und struktureller Themen sei im Kern vereinbart und müsse in den folgenden Tagen ausgestaltet werden. Die angekündigten Arbeitskämpfe würden abgesagt.

**L'Oréal baut Schweizer Belegschaft ab**

Der französische Kosmetikkonzern L'Oréal reduziert seine Belegschaft in der Schweiz um 20 Prozent. Der Abbau erfolgt im Rahmen der Zusammenlegung der Schweizer Tochtergesellschaft mit den Gesellschaften in Deutschland und Österreich zur neuen «DACH»-Einheit. Derzeit beschäftigt L'Oréal Schweiz laut den Angaben auf der Website rund 380 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**Vermischtes**

**Ein Tatverdächtiger in Kanada tot aufgefunden**

Einen Tag nach den Messerangriffen mit zehn Todesopfern im ländlichen Kanada hat die Polizei einen der beiden verdächtigen Brüder tot aufgefunden. «Er hatte sichtbare Wunden, von denen wir im Moment nicht glauben, dass er sie selbst zugefügt hat», sagte die leitende Ermittlerin Rhonda Blackmore am Montag (Ortszeit) in Regina, der Hauptstadt der Provinz Saskatchewan. Die Leiche des 31-Jährigen habe in hochgewachsenem Gras im Indigenen-Reservat James Smith Cree Nation gelegen, in der Nähe eines Hauses, in dem die Polizei ermittelt.

**Erdbeben im Südwesten Chinas: 66 Todesopfer**

Bei einem Erdbeben in der südwestchinesischen Provinz Sichuan sind mindestens 66 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 200 Menschen wurden verletzt, davon mehr als 50 schwer, wie Staatsmedien gestern berichteten. Die Erdstösse am Montag hatten die Stärke 6,8 erreicht. Besonders betroffen war der Kreis Luding sowie die umliegende, vor allem von Tibetern bewohnte Präfektur Ganzi und die benachbarte Stadt Ya'an. Eine gross angelegte Such- und Rettungsaktion ist angelaufen.

**TX-Group-Doppeleintrag: Gericht angerufen**

Ein Solarfliesenhersteller zieht die Zürcher Mediengruppe TX Group in einem Namensstreit vor das Bundesverwaltungsgericht. Die Rapperswiler Firma, die Solarfliesen produziert und vertreibt, hatte den denselben Firmennamen nur einen Tag vor dem Zürcher Medienbetrieb im Handelsregister eintragen lassen. Sie beansprucht die Bezeichnung für sich.